Hochwasser am Rhein

Schutzprojekt muss konkreter werden

LUSTENAU Im Vorfeld der Vorstellung des Planungsstandes des «Rhesi»-Hochwasserschutzprojektes am Alpenrhein mahnten der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) und der St. Galler Regierungsrat Willi Haag (FDP) am Montag Kompromissbereitschaft der Akteure ein. Angesichts des hohen Schadenspotenzials brauche es jetzt Bewegung von allen Seiten, das Projekt müsse konkreter werden, so der Tenor. Ein 300-jährliches Hochwasser am Alpenrhein könnte laut Studien im Rheintal einen Schaden von sechs bis sieben Milliarden Schweizer Franken anrichten, sagte Wallner bei einer Medienkonferenz in Lustenau. Bereits 2005 war deshalb die Verbesserung des Hochwasserschutzes ein wichtiger Teil des Entwicklungskonzepts Alpenrhein, das von den Regierungen Vorarlbergs, Liechtensteins, Graubündens und St. Gallens unterzeichnet wurde. Seit 2011 befindet sich das «Rhesi»-Hochwasserschutzprojekt in der Vorplanungsphase, in 12 000 Einzelkontakten wurden die Anliegen betroffener Grundbesitzer und Interessengruppen gesammelt. «Nun brauchen wir möglichst rasch den nächsten Planungsschritt», betonte Wallner. Geht es nach ihm und dem Vorsteher des Baudepartements St. Gallen, sollte im Frühjahr die Planung für ein einreichbares Projekt starten. Dieses müsste dann in beiden Ländern einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden, um dann Bestandteil eines neuen Staatsvertrages zwischen Österreich und der Schweiz sein zu können. Geht alles glatt, könnte man frühestens 2020 mit dem Bau beginnen. Dem stehen derzeit aber noch gegensätzliche Interessen von Landwirten, Umweltverbänden und Trinkwasserversorgern entgegen. Aufgrund der zahlreichen Konflikte sei der Projektfortschritt in den vergangenen Monaten verhalten gewesen, berichtete Projektleiter Markus Mähr. Die für das Projekt «Rhesi» zuständige Gemeinsame Rheinkommission (GRK), in der sowohl die Schweiz als auch Vorarlberg vertreten ist, hat deshalb eine neue Richtung eingeschlagen. Anstatt neue Varianten zu entwickeln, soll bei einem Werkstattgespräch am 5. und 6. November der aktuelle Planungsstand vorgestellt werden, in den die zuvor gesammelten Anliegen der Akteure nach Möglichkeit bereits eingeflossen sind. Im Rahmen von «Rhesi» soll die Durchflussmenge des Rheins zwischen der Illmündung und dem Bodensee auf 4300 Kubikmeter pro Sekunde erhöht und der Rhein an sogenannten Trittsteinbereichen verbreitert werden. Nach bisherigem Stand werden die Kosten für «Rhesi» auf rund 600 Millionen Franken geschätzt. (sda/apa)

Post, Finanzen und Wahlrecht: Landtag vor heiklen Entscheidungen

Vorschau Wenn die 25 Landtagsabgeordneten ab morgen zusammenkommen, dann wartet einmal mehr sehr viel Arbeit auf die Volksvertreter. Bei einigen Themen dürfte es zu umfangreichen Diskussionen kommen. Wie zum Beispiel bei der Post.

Ab morgen widmet sich der Landtag wieder aktuellen Fragen. Einige Traktanden dürften intensive Diskussionen mit sich bringen. (Archivfoto: Michael Zanghellini)

VON HOLGER FRANKE

Eine Aktuelle Stunde wird es nicht geben, somit kann davon ausgegangen werden, dass die Debatte um den Nachtragskredit für die Post AG bereits am Mittwochvormittag beginnen wird. Sehr wahrscheinlich wird der Landtag seinen Unmut darüber zum Ausdruck bringen, was zu dem Postdebakel geführt hat (das «Volksblatt» berichtete mehrfach). Zwölf Millionen Franken sind nötig, um die Existenz der Post zu sichern. Diese werden unter den zwei Aktionären gemäss ihrer Anteile aufgeteilt. Drei Millionen werden also von der Schweizerischen Post beigesteuert, die restlichen neun Millionen Franken soll das Land Liechtenstein übernehmen. Dieser Betrag teilt sich nochmals auf das Finanz- und Verwaltungsvermögen auf. Da letzteres über die Investitionsrechnung fliesst, ist ein Nachtragskredit von 6,12 Millionen Franken notwendig. Abzuwarten bleibt, ob dieser Betrag vom Landtag zugesprochen wird. Wahrscheinlich wird aber auch darüber diskutiert werden, wie es bei der Post AG langfristig weitergehen soll. So kam erst kürzlich der Vorschlag auf, die Post AG unter bestimmten Voraussetzungen an die Schweizer Post AG zu verkaufen. Ein weiterer Diskussionspunkt dürften die Lehren sein, die man aus dem Debakel ziehen möchte, um künftige Vorfälle bei anderen Staatsunternehmen zu verhindern.

Bleibt es bei schwarzen Zahlen?

Einen grösseren Diskussionspunkt stellen traditionell im November-Landtag der Landesvoranschlag und die Finanzplanung für das kommende Jahr dar. Die Regierung rechnet mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt (das «Volksblatt» berichtete am 24. September ausführlich). Auch mittelfristig scheinen die Finanzen unter Kontrolle zu sein - dank positiver Finanzplanung sei aus heutiger Sicht kein weiteres Massnahmenpaket nötig, sagte Adrian Hasler gegenüber dem «Volksblatt». «Das heisst aber nicht, dass wir die Geldschleusen wieder öffnen werden - im Gegenteil», hatte der Regierungschef unlängst erst gewarnt. Ob die Zahlen schwarz bleiben, dürfte auch davon abhängen, ob es Änderungsanträge geben wird. Die Landtagsfraktion der Freien Liste hat bereits angekündigt, bei der Budgetdiskussion den Antrag stellen, zusätzlich eine Million Franken für die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe zu sprechen. Möglicherweise kommt schon der Staatsbeitrag für die AHV zur Sprache. Sollte der Staatsbeitrag entgegen der bisherigen Gesetzesvorlage auf 30 Millionen Franken erhöht werden, stellt sich die Frage, woher die Mittel kommen sollen. Die eigentliche AHV-Debatte ist jedoch erst für den Dezember-Landtag traktandiert.

Wahlrecht erneut im Landtag

Auch mit Spannung erwartet wird die Debatte um die Einführung des Stimmrechts und des aktiven Wahlrechts für Auslandsliechtensteiner. Die FBP steht dem Ansinnen ablehnend gegenüber. Im Zentrum der Vorlage steht das Modell der «potenziellen Betroffenheit», welches die Regierung bereits im Dezember 2013 vorgestellt hatte. «Man versucht, einen objektiven Begriff einzuführen, um eine subjektive Grenze darzustellen», hatte FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend bereits im September-Landtag kritisiert. Ihrer Ansicht nach sollten nur die Liechtensteiner abstimmen und somit entscheiden, die hier auch leben und somit von den Entscheidungen dann auch direkt betroffen sind. Dennoch gilt ein Eintreten auf die Gesetzesvorlage als relativ wahrscheinlich. Bereits im September hatte der Landtag mit 15 Stimmen eine entsprechende Motion von VU und Freier Liste an die Regierung überwiesen. Ob in der zweiten Lesung aber eine Mehrheit für eine entsprechende Verfassungsänderung zustande kommt, erscheint aus heutiger Sicht als unwahrscheinlich.

Aus der Region I

Bündner Regierung will Nachlasssteuer beibehalten

CHUR Die Bündner Regierung will die kantonale Nachlasssteuer beibehalten, weil dem Kanton bei einer Abschaffung Steuereinnahmen von elf bis 15 Millionen Franken im Jahr entgehen würden. Die Exekutive lehnt einen von mehr als der Hälfte des Parlaments unterzeichneten Vorstoss ab, der die Streichung der Steuer fordert. In Graubünden werden Erbschaftsvermögen mit zehn Prozent besteuert. Eine Ausnahme bildet der Erbgang auf die eigenen Kinder, die Enkel oder der Erbgang zwischen Partnern. Die Unterzeichneten fordern die Abschaffung nicht etwa aus Gründen der steuerlichen Belastung. Sie versprechen sich von der Streichung der Steuer vielmehr eine Förderung des Kantons als Wohnort. Die Parlamentarier glauben, dass Personen ohne direkte

Hausmitteilung

Leidenschaft für Liechtenstein

DORIS QUADERER

Was wollen Leserinnen und Leser einer Lokalzeitung von ihren Journalisten? Sie wollen vor allem eines: Leidenschaft! Leidenschaft für ihre Themen, ihre Region und die Menschen dort. Seit mehr als 15 Jahren bin ich als Journalistin in Liechtenstein tätig und es ist genau diese Leidenschaft, die mich antreibt. Mit diesem Beruf habe ich die Chance, mitten im Zeitgeschehen meines Heimatlandes zu agieren. Aufdecken, Zusammenhänge erkennen, Fragen stellen und Lösungswege aufzeigen, das ist spannend und bringt Verantwortung mit sich.

Vielseitig und anspruchsvoll

Je kleinräumiger das Einzugsgebiet, desto mehr Nähe haben Journalisten automatisch zu den Lesern, aber auch zu den lokalen Entscheidungsträgern. Und oft ist es so, dass Leidenschaft eben auch Leiden schafft. Im Journalismus braucht es ein dickes Fell. Denn es ist meine Aufgabe, neugierig und unbequem wenden sich die Leser ab. Treten wir den Entscheidungsträgern zu sehr auf die Füsse, werden wir es schwer haben, wieder Interviews zu bekommen - der Informationsfluss versiegt.
Ein Lokaljournalist balanciert ständig auf diesem schmalen Grat. In Liechtenstein ist dieser Grat noch etwas rutschiger als anderswo. Wir sind nicht einfach Lokaljournalisten Themen abdecken. Ob Blasmusikkonzert, Debatte ums Krankenversicherungsgesetz, Fussballländerspiel in Island oder Staatsoberhäuptertreffen auf Schloss Vaduz - wir als kleine Lokalredaktion müssen alle Themen in Eigenregie stemmen. Das macht unsere Aufgabe sehr vielseitig und anspruchsvoll.

Ausblick wird sich lohnen

Mit Wanderschuhen aus einem lokalen Schuhgeschäft, einem prall gefüllten Erfahrungsrucksack und guter Bodenhaftung nehme ich diesen schmalen Grat unter die Füsse. Ich freue mich, dass ich als neue Chefredaktorin vom «Liechtensteiner Volksblatt» diese Wanderung mit Co-Chefredaktor Lucas Ebner und einem engagierten und motivierten Team antreten darf. Unsere Mission: Fakten, Meinungen, Hintergrundberichte, Analysen und Gesprächsstoff direkt zu Ihnen ins Haus oder ins Büro. Gehen wir es an - der Ausblick wird sich lohnen!

Aus der Region II

Über 60-Jährige und Männer wählen am fleissigsten

ST. GALLEN Eine Auswertung der Stimmausweise durch die Stadt zeigt: Die fleissigsten Wähler in St. Gallen sind die Männer über 65. Ihre Wahlbeteiligung lag bei gut 71 Prozent. Von den gleichaltrigen Frauen gingen nur 55 Prozent wählen. Ganz anders die 18- und 19-Jährigen: Nur jede dritte Person machte hier vom Wahlrecht Gebrauch. Die jungen Männer wählten mit knapp 35 Prozent etwas öfter als die Frauen mit 31,7 Prozent. Umgekehrt verhielt sich die Gruppe der 20- bis 29-Jährigen, in der die Frauen knapp die Nase vorn hatten. Generell nimmt die Wahlbeteiligung mit dem Alter zu. Bei den 30- bis 34-Jährigen machten in der Stadt knapp 45 Prozent vom Wahlrecht Gebrauch, bei den 50- bis 54-Jährigen waren es rund 56 Prozent und bei den 60- bis 64-Jährigen